Eisenacher NACHRICHTEN

NR. 3 # Stadtinfo # September 1998

Das neue Verbrechen in Buchenwald

Bewußte, grauenhafte Beschwörung der Vergangenheit

Mit einem Trennschleifer wurde in der Nacht zum 27. Juli versucht, das weltbekannte Mahnmal im ehemaligen KZ Buchenwald zu zerstören. Die Verbrecher kamen mit einem motorgetriebenen Gerät, es war also kein in Trunkenheit begangener "Dummejungenstreich", wie sonst so gerne behauptet wird.
Sie begannen die Zerstörung an der Figur des Kindes, die an die Rettung von mehr als 900 Kindern durch die Widerstandskämpfer im Lager erinnert; die Leitung der Gedenkstätte wertet diese Tat mit Recht als "besonders bösartig und infam".

(üny) Vor mehr als einem Jahrhundert schrieb Heinrich Heine "Wo Bücher verbrannt werden, da verbrennt man auch Menschen". Kaum jemand begriff damals, daß die Worte des Dichters in Deutschland grausige Wahrheit werden sollten. Heute bedeutet der Beginn der Zerstörung an der Figur des Kindes nicht Prophezeiung, wie zu Heines Zeit – heute ist es bewußte, grauenhafte Beschwörung der jüngsten Vergangenheit, die gar zu viele unter uns naiverweise endgültig vergangen glauben.

Ich habe noch das Bild vor Augen, das Bild des SS- Mannes, der kurz nach dem Polen-Feldzug den ihm ausgelieferten wehrlosen Gefangenen in Baracke 21 höhnisch ins Gesicht schrie: "Habt ihr schon einmal gesehen, wie solch ein Judenbalg aussieht, wenn es auf ein Bajonett gespießt ist?" Das Entsetzliche dieses Augenblicks bleibt mir unvergeßlich. Aber: Wie viele "Kameraden" dieses Ungeheuers, die seine Komplizen waren, lebten nach 1945 als "brave, unbescholtene Bundesbürger" unter uns, die wie er "nur ihre Pflicht getan" hatten. Und in welchem "Geist" erzogen diese Leute ihre Kinder?! Der "Geist", der bis heute die Bundesrepublik prägt, ist nicht die Mordlust dieser Unmenschen, wohl aber die Kapitulation vor ihnen, das Vertuschen der Wahrheit, das Übertünchen, das Verdrängen und - wo immer möglich - das Leugnen der Tatsachen.

Bleiben wir bei der Rettung der Kinder. In der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel erinnern eine Urkunde, eine Medaille und ein zu seinen Ehren gepflanzter Baum an den deutschen Buchenwaldhäftling Wilhelm Hammann, der sein Leben für die Rettung dieser Kinder einsetzte. In seiner Heimat, im hessischen Groß-Gerau aber, verhindern der Landrat und seine Behörden bis heute die verdiente Ehrung für diesen vorbildlichen Humanisten. Der Landrat ist durchaus kein Nazi, er ist Sozialdemokrat. Aber Wilhelm Hammann war Kommunist. Und das genügt in diesem Staat ...

Ein Professor namens Niethammer schrieb im Wettlauf mit der "Bild"-Zeitung ein Buch, in dem die Kameraden und Genossen Wilhelm Hammanns als "Mafia" verleumdet werden. Darüber referierte er beim Amt für Verfassungsschutz. Will man sich noch weiter darüber wundern, daß der mörderische Ungeist der Menschenverachtung, der rassistischen und faschistischen Hetze in diesem Land weiter umgeht?!

Deshalb weiß man, was "sich gehört": Ein Blatt wie die Frankfurter Rundschau, gewiß kein Nazi-Blatt, widmet der Schandtat zwölf Zeilen; auf Seite vier.

Und Herr Kanther, der Super-Saubermann in Bonn? Wenn er vom Kampf gegen die organisierte Kriminalität redet, dann meint er beileibe nicht die Marionetten, die an der Leine des Multimillionärs Frey tanzen; dem geht kein Minister und kein Staatsanwalt an den Kragen.

Wohl aber haben Staatsanwälte über Jahre hinweg Millionen Staatsgelder verpulvert, um einer unbequemen Gruppe junger Antifaschisten in Göttingen das Verdikt "kriminelle Organisation" anzuhängen.

Hier muß ein Wort an jene Professoren gerichtet werden, die als Mitglieder des Kuratoriums der Gedenkstätte Buchenwald vor der Hetze jener Kreise zurückweichen, ja, sich manchmal an den herabsetzenden oder sogar verleumderischen Anwürfen gegen die Widerstandskämpfer beteiligen: Deutsche Professoren haben in diesem Jahrhundert oft genug versagt; zeigen Sie jetzt einmal Mut! Sprechen Sie ein deutliches Wort gegen die Verbrecher. Und gegen die, die vor der Hetze kapitulieren!

Emil Carlebach (Der Autor ist 1. Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos)

Impressum: Eisenacher Nachrichten, c/o Briefkasten des DGB, Grimmelsgasse 2, 99817 Eisenach. Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe zu kürzen. Redaktionelle Artikel sind mit red gekennzeicnet, andere mit üny.

Termine

Dienstag, 1.9.1998 - Weltfriedenstag
16.00 - 18.00 Uhr: *Aktion zum Weltfriedenstag* des AK AntiFa/AntiRa und DGB-Ortskartell Eisenach am Eisenacher Rathaus
Mittwoch, 2.9.1998
15.30 Uhr: *Kaffehausmusik live*, Café Balance
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße1, Eisenach
Donnerstag, 3.9.1998
Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit
19.00 Uhr: *„Burschenschaften und Rechtsextremismus"*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Sonntag, 6.9.1998
19.00 Uhr: *Geburtstagsparty des feb*, „Alte Mälzerei", Eisenach
Mittwoch, 9.9.1998
15.30 Uhr: *Kaffehausmusik live*, Café Balance
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Donnerstag, 10.9.1998
20.00 Uhr: *Larry Gaddins Trio* (USA), Rising Star Jazz Circuit, Kulturfabrik „Alte Mälzerei", Eisenach
Samstag, 12.9.1998
Bundesweite Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und eine andere Politik in Berlin
20.00 Uhr: *Internationale Lieder & Tänze*, Café Balance
20.00 Uhr: *Jenaer Dixieland Stompers*, Kulturfabrik „Alte Mälzerei", Eisenach
Sonntag, 13.9.1998
20.00 Uhr: *Bajazzo*, Kulturfabrik „Alte Mälzerei", Eisenach
Mittwoch, 16.9.1998
15.30 Uhr: *Kaffehausmusik live*, Café Balance
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Donnerstag, 17.9.1998
19.00 Uhr: *„Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie dann verboten?"*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Freitag, 18.9.1998
20.00 Uhr: *American Folk*, Café Balance
Samstag, 19.9.1998
Gegenaktionen zum Nazi-Aufmarsch in Rostock
Sonnatg, 20.9.1998 - Weltkindertag
Mittwoch, 23.9.1998
15.30 Uhr: *Kaffehausmusik live*, Café Balance
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Freitag, 25.9.1998
20.00 Uhr: *Tocar - Tango Nuevo*, Café Balance
Samstag, 26.9.1998
12.00 Uhr: *Offener Flüchtlingsrat*, Weimar
Sonntag, 27.9.1998
Wahltag
28.9.-2.10. Interkulturelle Woche
Mittwoch, 30.9.1998
15.30 Uhr: *Kaffehausmusik live*, Café Balance
19.00 Uhr: *Antifa-Café mit einem Film zu der Kampagne „Kein Mensch ist Illegal"*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
September/Oktober
Ausstellung: *HASS vernichtet.*, Haus d. Gewerkschaften, Juri-Gagarin-Ring 150, Erfurt
Freitag, 2.10.1998 - Tag des Flüchtlings

---

7. November, Erfurt: Mahngang/Demonstration - 8. antifaschistischer/antirassistischer Ratschlag Thüringen

Keine Nazis in die Parlamente!

(üny) Für die heiße Phase des Wahlkampfes kündigt die Initiative „GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus“ eine Reihe von Aktivitäten gegen die rechtsextremistischen und neofaschistischen Parteien an, um zu verhindern, daß sie in den Bundestag einziehen. Diese Parteien investieren in den Wahlkampf mehr als 40.000.000 DM (Im Bundestag vertretene Parteien werden insgesamt ca. 100 Mio. ausgeben).
Trotz dieses in der Geschichte der BRD einmaligen Einsatzes an Mitteln, spiele bei den nichtfaschistischen Parteien die Auseinandersetzung mit den potentiellen RechtswählerInnen kaum eine Rolle.
Das Hauptaugenmerk der in Thüringen stärksten neofaschistischen Partei, der NPD, richte sich schon auf den Landtagswahlkampf. In Vorbereitung dessen versuchen sie flächendeckend Kreisverbände einzurichten. Aktuell in Arnstadt (30.8.), Suhl (3.9.), Zeulenroda (4.9.), Mühlhausen (6.9.) und Apolda (12.9.).
Die NPD werde in Thüringen zwar nicht für den Bundestag kandidieren können, dies könne aber nicht beruhigen, denn sie werde trotzdem Wahlkampf machen und ihre WählerInnen auf die Wahl der DVU orientieren.

Besonderes Engagement gegen Rechts ist notwendig!

In verschiedenen Organisationen und Gruppen sei es gelungen, die Notwendigkeit eines besonderen Engagements zu vermitteln. Die Aktivitäten werden sich vor allem darauf konzentrieren, die JungwählerInnen über die Hintergründe rechtsextremer und neofaschistischer Parteien aufzuklären und die Konsequenzen ihrer Wahl aufzudecken.

Die potentiellen WählerInnen der Rechtsparteien in ihrem Zorn ernst nehmen!

1. In einer Auflage von 20.000 wird zur Zeit die Zeitung ‚(Antifa)Zonen-Nachrichten“ thüringenweit verteilt. Die Zeitung informiert insbesondere über die Ziele und Strukturen rechtsextremer und neofaschistischer Parteien.
Auch die in einer Auflage von 15.000 erscheinende Zeitung ‚Karussell“ des DGB Thüringen widmet in der aktuellen Ausgabe der Gefahr des Rechtsextremismus besonders viel Platz.

2. Bis zum Wahltag werden 100.000 Wahlinfos an Allgemein- und Berufsbildenden Schulen, Ausbildungswerkstätten und Jugendzentren, aber auch im Umfeld von rechten Wahlkampfaktionen, verteilt.
Dieses Wahlinfo zeichne sich insbesondere dadurch aus, daß es zwar die in Thüringen kandidierenden Parteien eindeutig als rassistisch und menschenfeindlich einordnet, gleichzeitig aber die potentiellen WählerInnen in ihrer Wut und Zorn ernst nimmt. Unter dem Motto ‚Akteur oder Lakai?“ wird über die Hintergründe rechtsextremer Demagogie aufgeklärt. Nicht die Unzufriedenheit des Adressaten mit dem derzeitigen System wird in Abrede gestellt, oder wie es oft geschieht ‚schön geredet“, sondern ihre Konsequenz. Am Wahltag selbst sind im Umfeld der Wahllokale begleitende Aktionen geplant.

3. In der Aktion der DGB-Gewerkschaftsjugend “Für eine zukunftsfähige Politik“ am 19.9. sieht die Initiative eine große Chance, die Unzufriedenheit Jugendlicher aufzugreifen und in eine demokratische Opposition zu den politischen und sozialen Verhältnissen zu wenden.
Für eine zukunftsfähige Politik
Sonderzug nach Frankfurt a.M.
19. September, 17 Uhr, großes Aktionsfestival im Frankfurter Waldstadion
Mit dabei u.a. Fury in the Slaughterhouse, FETTES BROT, Guano Apes, Bell, Book & Candle, Freundeskreis Chumbawanda, Ingo Apelt
Sonderzug mit Stationen in Weimar, Erfurt und **Eisenach**. Mit Bussen aus Nordhausen - Mühlhausen - Eisenach; Saalfeld - Rudolstadt - Jena - Weimar; Suhl - Eisenach kommt man an den Sonderzug. (Fahrtzeiten stehen noch nicht fest (wahrscheinlich zwischen 7 und 8 Uhr)
20,- DM im Kartenvorverkauf bei den Büros der Gewerkschaft hbv (0361 659980) oder beim DGB.

Über den Wahltag hinaus denken und handeln!

4. Für die GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus widerspiegelt der Wahltag nur die Spitze des Eisberges rassistischer und neofaschistischen Gedankengutes in Prozenten.
Wie neueste Studien und die Wahlanalyse von Sachsen-Anhalt dokumentieren, wählen Rassisten und Rechtsextreme durchaus auch die demokratischen Parteien.
Der Wahlkampf der CDU/CSU und auch der SPD sei durchaus geeignet, rassistische Ressentiments zu wecken und zu bedienen. Daher sei es notwendig, über den Wahltag hinaus, den Druck auf die demokratischen Parteien und Organisationen sowie Gewerkschaften, die sich eindeutiger gegen Rassismus und Rechtsextremismus positionieren, zu erhöhen.

Mit der Veranstaltung „Das Fremde wird gemacht!“ am 8.10. mit Michel Friedmann und dem achten antifaschistischen / antirassistischen Ratschlag am 7.11. setzen die Mitglieder der Initiative auf ein breites Bündnis gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. ❐

Die erwähnten Materialien der Initiative können im Internet unter http://www.dgb-bwt.com/pub/zonen-nachrichten/index.html; http://www.dgb-bwt.com/pub/karussell/index.html und per Telefon 0361 6599813 angefordert werden.

WEITERSAGEN und UNTERSTÜTZEN!

Mittwoch, 16.9., 15 Uhr, Rathaus Saalfeld - Ratssitzung mit Annelie Buntenbach MdB Bündnis 90/Die Grünen, Anmelderin der Demo am 14.3.98
Nachdem die Drohungen (siehe unten) nichts “fruchteten“ wurde Annelie Buntenbach nun zu der Ratssitzung eingeladen. Alle UnterstützerInnen der Demo sollten an dieser Ratssitzung teilnehmen, um die Positionen von Annelie zu unterstützen.

Aus Zonen-Nachrichten 1/98:
“..Die bündnisgruene Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach, Anmelderin der Demo, hat merkwürdige Post bekommen. Schriftlich droht ihr Richard Beetz, CDU-Bürgermeister der thüringischen Kleinstadt Saalfeld, rechtliche Schritte an, da sie mit dem Ausdruck „Neonazihochburg“ die Stadt und das Ansehen der Bürger „schmählich herabgewürdigt“ habe. ...“ ❐

Drei rechte Parteien scheitern an Wahlausschuß

Zulassung zu Bundestagswahl in einigen Ländern wegen fehlender Unterschriften abgelehnt

(üny) Drei rechte Parteien dürfen nicht flächendeckend in allen Ländern zur Bundestagswahl antreten. Die NPD kann keine Landesliste in Thüringen aufstellen, der Bund freier Bürger/Offensive für Deutschland (BFB) muß in Sachsen-Anhalt auf eine Landesliste verzichten, und der Deutschen Zentrumspartei wurde die Teilnahme in Nordrhein-Westfalen verwehrt. So entschied der Bundeswahlausschuß, (...).

In Thüringen hatte die rechtsextreme NPD nicht ausreichend viele Unterstützungsunterschriften beigebracht: Anstatt der erforderlichen 1956 Namen standen bis zum Stichtermin nur 1933 Namen auf den eingereichten Listen. Der durch ärztliches Attest belegte Hinweis, ein NPD-Funktionär mit weiteren 36 Unterschriften in der Tasche hätte bei der Fahrt zum Landeswahlleiter einen Herzanfall erlitten und so den Abgabeschluß verpaßt, konnte den Ausschuß nicht umstimmen.

Sichtlich zerknirscht und zum weiteren juristischen Kampf entschlossen, zogen die NPD-Leute ab.

Zornig reagierte der Generalsekretär des BFB, Heiner Kappel, auf den Ausschluß seiner nationalistischen Anti-Euro-Partei in Sachsen-Anhalt. Dem BFB fehlten nach Zählung des Landeswahlausschusses nur fünf Stimmen an den zur Zulassung erforderlichen 2000. Rund 200 Unterschriften waren verspätet abgeliefert worden. Eine Liste mit 20 Namen wurde von der Kriminalpolizei in Harzgerode (Unterharz) beschlagnahmt, weil Verdacht auf Urkundenfälschung bestand. Nach Darstellung der Landeswahlleitung hatten „des Deutschen unkundige Aussiedler" unterschrieben. (...) ❐

Zukunftswerkstatt Anders leben

Kirchheim (bei Erfurt) 4.-6. September
Andere Bauweisen am Beispiel der Restaurierung des Pfarrhofes in Kirchheim - Lehmbau, Verwendung gebrauchter Baumaterialien, ökologische Abwasserklärung

Haina (bei Eisenach) 18.-20. September
Andere Lebensformen am Beispiel der Kooperative in Haina - Landwirtschaft, Restaurierung, Tierhaltung, Kooperationsprojekte mit dem Dorf und der Stadt

Hütten (bei Jena) 2.-4. Oktober
Andere Energiekonzepte am Beispiel der Bildungsstätte in Hütten - Heizen, Strom erzeugen, Möbel restaurieren, Windenergienutzung und mit ökologischen Kriterien eine Bildungsstätte betreiben

Anmeldung: ran e.V., Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel: 0361/5961410

"Augen zu und durch"

Protest gegen rechtsextreme Gewalt auf Weimars Theaterplatz

(üny) Etwa 50 Jugendliche aus der linken Weimarer Szene trafen sich am vergangenen Sonnabend auf dem Theaterplatz, um gegen rechte Gewalt und den wachsenden Einfluß der NPD und ihrer Jugendorganisation, der "Jungen Nationaldemokraten", zu protestieren. Ein Kiosk auf dem Theaterplatz ist seit Frühjahr regelmäßig Treffpunkt der Rechten. Am 4. August wurde dort ein Ausländer zusammengeschlagen. Mit dem Aufruf "Schaut nicht weg!" wandte sich die Kundgebung mit Flugblättern und einem Programm aus Jonglieren, Pantomime, Seiltanz und Straßentheater an die Passanten. In dem Aufruf hieß es: "Laßt es nicht zu, daß sich Faschisten auf unseren Straßen breitmachen, ungestört Jugendliche agitieren und Haß und Gewalt säen."

Zerschlagt Nazibanden!
NPD gründet Kreisverbände
3.9.98 Suhl
4.9.98 Zeulenroda
6.9.98 Mühlhausen
12.9.98 Apolda

Drahtzieher der rechten Treffs sind Aktivisten der NPD/JN, die Über Partys und "Themenabende" in Privaträumen den "nationalen Widerstand" in der Weimarer Jugendszene zu etablieren versuchen. Von diesen Aktivisten - den "Kadern", die Kontakt zu namhaften Faschisten in der gesamten Bundesrepublik haben - werden regelmäßig Wehrsportübungen und Fahrten zu faschistischen Aufmärschen wie zum 1. Mai in Leipzig organisiert.

Die Zentrale der NPD/JN von Thüringen befindet sich in Gotha. Von dort wird das "Nationale Info-Telefon" betrieben, über das bundesweit rechte Veranstaltungen und Aktionen koordiniert werden.

In Weimar ist der Phoenic-US-Shop in der Paul-Schneider- Straße ein Treffpunkt für Neonazis und Hooligans. Dort gibt es Militärkleidung und - unter der Hand - Info-Materialien aus der rechten Szene. Weimar hat auch eine rechtsextreme Musikband: Die "Dragoner" treten im gesamten Bundesgebiet auf und gastieren regelmäßig in Apolda im "Studioclub", wo sich freitags Faschisten aus dem ganzen Umland treffen. Träger des Klubs ist das "Christliche Jugenddorf Deutschland". Von dort gingen öfter Überfälle auf Volksfeste und Diskos sowie "Zeckenklatschen" in Apolda und Umgebung aus.

Einige Zuschauer folgten am vergangenen Sonnabend in Weimar dem Aufruf der Linken und verwickelten die rechten Jugendlichen, die mit dem Singen des "Rudolf-Heß-Liedes" die Veranstaltung zu stören versuchten, in Gespräche. Einige anwesende Neonazi-Größen verließen den Platz, als sie fotografiert wurden. Eine Passantin äußerte, dies sei seit langem das erste Mal gewesen, daß sie "ohne Angst" über den Theaterplatz hatte gehen können. Sonst müsse sie mit dem Gefühl "Augen zu und durch" über den Platz eilen. ❐

Wettrennen mit dem BGS

Camp "Kein Mensch ist illegal" beendet

(üny) Mit einer Reihe von Aktionen haben sich die etwa 250 Teilnehmer der Aktion "Kein Mensch ist illegal" eine Woche lang an der Neiße bei Rothenburg mit der Rolle des Bundesgrenzschutzes an der bestbewachten deutschen Außengrenze auseinandergesetzt. Die Bevölkerung der Region wurde mit Flugzetteln und Zeitungen aufgefordert, sich nicht an der Menschenjagd des Bundesgrenzschutzes zu beteiligen, sondern Flüchtlinge zu unterstützen. Ein kurzzeitiger Fährverkehr über den Grenzfluß unter dem Motto "Fluchtwege freihalten" war von den Grenzpolizisten am Dienstag beendet worden. Am Mittwoch protestierten Taxifahrer mit einem Autokorso durch Görlitz gegen ihre Kriminalisierung. Als am Donnerstag bekannt wurde, daß bei der Verfolgung durch einen Wagen des Bundesgrenzschutzes sieben Kosovo-Albaner ums Leben gekommen waren, reagierten die Teilnehmer des Camps mit einer spontanen Demonstration. Eine Anwältin begab sich sofort zum Krankenhaus in Freiberg, um den überlebenden Flüchtlingen des Unfalls in Weißenborn juristischen Beistand anzubieten. Sie wurde unter juristisch unklaren Angaben abgewiesen. Auch der Zugang zu den Angehörigen der Unfallopfer wurde ihr verweigert.

Am Freitag fanden sich vor dem Freiberger Hospital etwa 150 Demonstranten ein, die gegen die "Menschenjäger des Bundesgrenzschutzes" protestierten. Mit der Hetze gegen Schlepper wolle die Politik von der eigenen Mitverantwortlichkeit am Tod von 60 Flüchtlingen in den vergangenen Jahren ablenken, hieß es auf der Kundgebung. Zu einem Wettrennen mit dem Bundesgrenzschutz wurde eine Regatta auf der Neiße, die am Sonnabend den Abschluß der Aktionswoche im sächsischen Rothenburg bildete. Die in Alarmbereitschaft versetzten Grenzschützer konnten die symbolische Besetzung der Flußmitte, die als Grenze zwischen Polen und Deutschland gilt, nicht verhindern. Die Beamten vermuteten die Teilnehmer des einwöchigen Camps in Görlitz und mußten mit Hubschraubern zur Neiße bei Bad Muskau gebracht werden, wo sie die Schwimmer und Bootsfahrer am Ufer empfingen. Nach Feststellung der Personalien durch die Polizei erhielten die Aktivisten freien Abzug. "Wir haben uns in der Region ins Gespräch gebracht", resümierte einer der Organisatoren. Das Camp soll im kommenden Jahr wieder stattfinden. ❐

Widerstand gegen Protestwähler

(ünY) „Protest ist, wenn ich sage: das und das paßt mir nicht. Widerstand ist,wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht", hat Ulrike Meinhof vor ziemlich genau 30 Jahren gesagt. Ulrikes parteilicher Begriff hat auch eine objektive Gültigkeit. So gibt es heute welche, die protestieren gegen "zu viele Ausländer" und gegen "Kommunisten" und vor allem gegen „kriminelle Ausländer". Gegen letztere besonders tun es Frey, Kanther, Hinze, Kohl und auch Rotkohl Schröder gemeinsam, über stilistische Abweichungen hinweg.

Den Widerstand praktizieren andere, die Flüchtlingsheime anzünden, Ausländer und „Kommunisten" jagen, niedertreten, erschlagen. Das ist eine rechte und gerade Entwicklungslinie vom Protest zum Widerstand.

Protest damals wie heute?

„Protestwähler" hätten in Massen für die DVU gestimmt, ist überall zu lesen. Das ist eben so banal wie verharmlosend. Auch ohne die pseudowissenschaftlichen Analysen meinungsmachender Meinungsforscher, die es 1932/33 noch nicht gab, läßt sich sagen, daß ein wesentlicher Teil der SA-Banditen und der Wählermassen, die damals faschistischen Terror ausübten und für ihn stimmten, dieses aus Protest taten. Aus Protest gegen die sozialen, ökonomischen, politischen Verhältnisse, gegen die eigene unerträgliche Lage. In der dumpfen Hoffnung, daß der Faschismus ihre Lage ändere, und ohne sich unter diser Änderung schon das Grab in z.b. sowjetischer Erde vorzustellen ...

Was ist das für ein „Protest" , der Menschen dazu bringt, rassistisches, nationalistisches, zutiefst menschenverachtendes Faschistenpack zu wählen?

Herbert Grünstein, deutscher Kommunist, Jude, Internationalist, so als Kämpfer für Spaniens Freiheitmin den Interbrigaden, schrieb in seinen Erinnerungen, daß die faschistische „Herrenmenschen"-Ideologie darauf abzielt," eine Räubermoral zu züchten und das Gefühl für die einfachsten menschlichen Werte abzutöten." („Der Kampf hat viele Gesichter" ,H.Grünstein, Militärverlag der DDR 1988)

Eine Wahrheit, die wir alle uns genau einprägen sollten. Was Menschen dazu bringt, in Menschen anderer Nationalität, Hautfarbe, Kultur nicht mehr Schwester und Bruder zu sehen, ist ein Sieg dieser Ideologie. **Kein Protest.**

Was diese verbrecherische Ideologie besiegen kann, ist konsequenter Internationalismus, eine Politik der unverbrüchlichen Solidarität.

Ohne eine solche internationalistische Politik bleibt die Behauptung, der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit entzöge den Faschisten ihren Nährboden, stumpf und könnte fatal werden: Daß die Massenarbeitslosigkeit der Entwicklung des kapitalistischen systems immanent ist, wissen wir von Karl Marx - von den Nazi-Faschisten wissen wir, wie im Kapitalismus Arbeitslosigkeit nationalistisch und rassistisch „bekämpft" wird.

„Protest" ist als Bezeichnung des Verhaltens der Wähler faschistischer Parteien so verfehlt wie das neudeutsch verordnete „verordnet" für den Antifaschismus (ach hätten wir, in der BRD nach 45, ihn doch verordnet gekriegt - statt Altnazis wie Globke, Heusinger, Speidel, Schleyer und so weiter ...): Die Entscheidung wird getroffen zwischen antihumanistischer und humanistischer Weltanschauung.

Aus letzterer folgt die progressive Entwicklungslinie vom Protest zum Widerstand. ❐

Fast jeder zweite akzeptiert Neonazis

Die Legende vom rechten Rand

(üny) Jahrelang gab sich die Mehrheitspolitik und veröffentlichte Meinung gewaltige Mühe, Rassismus, Rechtsextremismus und (Neo) Faschismus als Randproblem abzutun. Spätestens seit der Wahl in Sachsen-Anhalt - die Bundestagswahl wird ähnliches hervorbringen - sind die „Opfer" ihrerer eigenen Tatenlosigkeit und unerledigten Hausaufgaben. Die Mehrheit der DVU-Wähler wählte mit Erststimme die Mitte, CDU und SPD, und „sogar" die PDS.

Für fast jeden zweiten Ostdeutschen gehören die rechtsextremen Parteien DVU, NPD, und Republikaner einer Umfrage zufolge zum normalen Parteienspektrum. Nach einer Befragung des Instituts für Marktforschung (Leipzig) im Auftrag der „Leipziger Volkszeitung", waren 42 Prozent der Befragten dieser Ansicht. Zudem betrachtete ein Drittel diese Parteien als ein notwendiges Gegengewicht zu linken Parteien. Fast die Hälfte der Ostdeutschen geht davon aus, daß die rechten Parteien weiter an Einfluß gewinnen werden, „weil sie echte Probleme ansprechen und die Sorgen der kleinen Leute verstehen".

Das Leipziger Institut befragte 1004 Menschen in den neuen Ländern und in Ostberlin.

13 Prozent der Deutschen sind rechtsextrem

Die AnhängerInnen rechtsextremer Parteien denken nur zu gut einem Drittel rechtsextrem. Ein ebenso großer Teil von ihnen entstammt dem „Protestpotential", das mit dem System der Bundesrepublik oder zumindest mit der aktuellen Politik unzufrieden ist, ohne radikal rechte Ansichten zu haben. Das geht aus einer Studie hervor, die am 9. Juli in Berlin präsentiert wurde.

Die Politikwissenschaftler Richard Stöss und Oskar Niedermayer von der Freien Universität Berlin haben dazu im Mai und Juni, also nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, knapp 4000 Menschen in ganz Deutschland befragen lassen. Aus den Antworten schlossen die Wissenschaftler, es genüge nicht, wenn man sich bei der Wahlanalyse „nur auf die Rechtsextremisten stürzt". Ebensowenig lasse sich ein Wahlergebnis wie die knapp 13 % für die DVU in Sachsen-Anhalt nur als „Protestwahl" erklären. Im Wählerpotential der Partei DVU, „Republikaner" und NPD finden sich laut der Studie in den alten wie den neuen Bundesländern 35 % tatsächlich rechtsextrem Eingestellte. Stöss und Niedermayer nennen 26 % der potentiellen Rechtswähler „systemverdrossen", aber nicht nach rechtsaußen tendierend. Zu den „Politikverdrossenen", die die Verfassung bejahen, aber mit den realen Verhaältnissen nicht zufrieden sind, zählen sie 8 %, so daß die Protestwähler zusammen 34 % ausmachen.

Mehr als 20 % des rechten Potentials wollen angeblich CDU/CSU wählen, sogar 30% die SPD.

13 % der Deutschen über 14 Jahre haben laut der Umfrage, unabhängig von ihrer Wahlentscheidung, rechtsextreme Einstellungen. Im Osten sind es mit 17 % deutlich mehr als im Westen (12 %). Noch vor vier Jahren hatte eine ähnliche Studie umgekehrte Verhältnisse ergeben.

Vor allem Rassismus prägt offensichtlich das Denken vieler Menschen: Zu dem Satz „Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden" äußerten sich in den neuen Ländern 39 % positiv, im Westen immerhin 23 %. Die Hälfte der Ostdeutschen lehnt laut Umfrage das System der BRD grundsätzlich ab, zusätzlich gut ein Fünftel sei mit der Politik unzufrieden.

Auch im Westen gibt es ein Drittel „Systemverdrossene" und ein Viertel „Politilverdrossene". 37 % sind mit System und Politik zufrieden, im Osten nur 21 %.

(Nicht nur - d.Red.) Die Gewerkschaften sind gefordert!

Rechtsextreme Einstellungen ermittelten die Experten zunehmend bei Arbeitern und Arbeitslosen. Früher hätten sich solche Ansichten besonders in der von sozialem Abstieg bedrohten Mittelschicht gefunden, erläuterte Richard Stöss. Jetzt wende sich auch ein großer Teil der „klassischen Industriearbeiterschaft", der neuen „untergehenden Klasse", rechten Heilskündern zu, egal in welcher Partei. ❐

Dumme Sprüche

Im vergangenen Monat tauchten vor allem in der Innenstadt Eisenachs Spuckis von Nazis auf. Es waren sehr einfache, anscheinend selbst gemachte Zettel mit Sprüchen wie „Zick, Zack, Zeckenpack", „Antifa Ha Ha Ha" oder „Zerschlag die Antifa". Diese dummen Sprüche wurden daraufhin entfernt. Falls Du Hinweise auf HerstellerIn oder VerteilerIn hast, teile dies den EN mit. ❐